

„Schuld haben immer nur die Migranten“

SZ 6. April 06

Ausländerbeiräte machen Front gegen Stoiber

Die Schul-Pläne der Staatsregierung stoßen auf scharfe Kritik / Grüne erwägen Verfassungsklage

Von Christine Burtscheidt

Die Pläne der Staatsregierung für ein härteres Durchgreifen an den Schulen stoßen auf heftigen Widerstand. Bayerns Ausländerbeiräte warnen vor einer Diskriminierung der Kinder, falls diese ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht mehr eingeschult würden. Das sei ein „Verstoß gegen die Menschenrechte“, hieß es. Diese Politik werde zu noch mehr Gewalt und langfristig zu französischen Verhältnissen führen. Die Grünen im Landtag erwägen eine Verfassungsklage gegen das Vorhaben, Unruhestifter aus den Schulen auszuschließen.

In Bayern leben zehn Prozent Ausländer – mehr als eine Million Bürger. Die meisten wohnen und arbeiten in Städten wie München, Augsburg oder Nürnberg. Dort reagierte man gestern mit Entsetzen auf den neuen Kurs der Staatsregierung an Bayerns Schulen. „Schuld haben immer nur die Migranten“, sagte Hueseyin Yalein vom Augsburger Ausländerbei-

rat. Er ist auch Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns. Das Vorgehen sei typisch für die CSU, sagte er. Dabei habe doch die Politik jahrelang versäumt, eine frühe Sprachförderung anzubieten. Kritik übt Yalein vor allem an dem Beschluss, Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen nicht mehr einzuschulen, sondern auf Förderschulen zu schicken. „Diese Kinder sind doch nicht dumm, nur weil sie kein Deutsch können“, kritisierte er. Die Förderschule sei die völlig falsche Antwort auf die Probleme. Von hier aus gebe es überhaupt keine Chance mehr, an eine Regelschule zu wechseln und später einen Job zu kommen.

Statt schärferer Sanktionen fordern die rund 20 Ausländerbeiräte in Bayern eine intensive Sprachförderung. Sie sollte früher, nämlich im dritten Lebensjahr, beginnen. Auch bräuchte man dafür eigens geschulte Erzieherinnen. Vorkurse mit 160 Stunden im letzten Kindergartenjahr seien jedenfalls zu wenig, sagt Yalein. Auch in Nürnberg warnt der Auslän-

derbeirat die Staatsregierung vor einer Politik der Ausgrenzung. Stattdessen sollte mehr Geld für die Integration ausgegeben werden: „Programme gibt es, sie müssen nur noch ausgebaut werden. Ein Euro hier spart später sieben Euro an Reparaturkosten“, sagt der Geschäftsführer des Nürnberger Ausländerbeirats, Friedrich Popp. Für problematisch wird auch ein hoher Anteil von Migrantenkindern in Kindergärten und Schulen gesehen. „Mit einer Ghettoisierung der Kinder kommen wir nicht weiter“, sagt Ayyhan Yaver vom Erlanger Ausländerbeirat. Bayern sollte sich einmal mit Gepflogenheiten der Nachbarländer vertraut machen. In Dänemark beispielsweise sei an vielen Schulen maximal ein Ausländeranteil von 30 Prozent erlaubt. „Nur dann kann noch wirklich eine Integration stattfinden.“

Generell fordern die Ausländerbeiräte die Staatsregierung auf, sich endlich mit ihnen an einen Tisch zu setzen. „Solange die Betroffenen nicht ernst genommen werden, muss jede Integrationspolitik

scheitern“, sagt Yaver. Und ihre Kollegin Elizabeth Rossiter warnt: „Man erntet, was man sät.“ Unterstützung erhalten Bayerns Migranten von der Landtagsopposition. Kinder aus der Regelschule auszusperrn, verschärfe nur das Problem, sagte der SPD-Fraktionschef Franz Maget. Sinnvoll seien dagegen Ganztagsangebote und mehr Schulsozialarbeit. Hier habe Bayern jedoch im Vergleich zu anderen Bundesländern einen „massiven Rückstand“. Die Grünen wollen prüfen, ob ein vorzeitiger Rauswurf von Schülern nicht gegen das in der Verfassung verankerte Recht auf Bildung verstößt.

Landtagspräsident Alois Glück (CSU) verteidigte zwar die geplanten disziplinarischen Maßnahmen der Staatsregierung, warnte jedoch zugleich davor, ausländische Kinder für ihre Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Zuspruch erhielt Stoiber lediglich vom Bayerischen Realschullehrerverband: Die deutsche Sprache sei wichtigste Voraussetzung zur Einschulung, hieß es.